

Referat beim Hauptseminar Massenkommunikation des Instituts
für Sozialwissenschaften der TU München am 13.12.1978 ¹⁾

Thema: Kabelfernsehen - Plädoyer für eine offene Diskussion
und gegen eine Vorwegentscheidung

1. Kabelfernsehen - Eine die Zukunft unseres Landes entscheidend
prägende Technik

Selten fallen politische Entscheidungen, bei denen man sagen kann: wenn für A entschieden wird, dann sieht das Gesicht unseres Landes in 20 oder 30 Jahren gänzlich anders aus, als wenn für B entschieden wird.

Entscheidungen dieser Art könnte man für den Zeitraum der letzten 25 Jahre an den Fingern abzählen. Die Entscheidung für oder gegen das Kabelfernsehen in der absehbaren Form ist eine solche weitreichende Entscheidung.

Die Diskussion um das Kabelfernsehen begann in etwa mit der Arbeit der KtK ²⁾ in 1975. Die KtK schlug die Durchführung von Pilotprojekten vor, äußerte sich ansonsten skeptisch zu diesem Vorhaben:

"Es besteht zur Zeit kein dringender Bedarf nach einer größeren Anzahl anzubietender Fernsehprogramme"

1) Das Referat gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder

2) Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems

Ausdrücklich wandte sie sich überdies gegen eine Präjudizierung durch die Pilotprojekte. ¹⁾

Die politischen Festlegungen sind bisher noch relativ gering. Die Ministerpräsidenten haben sich auf die Standorte von 4 Pilotprojekten geeinigt, deren nähere Ausgestaltung und Finanzierung noch längst nicht abgeklärt ist.

Soweit bisher überhaupt von öffentlichem Meinungsprozeß gesprochen werden kann, fand er ohne den Bürger statt.

Die meisten sind uninformiert. Bei näherer Information wird diffuses Unbehagen über diese Technik deutlich. Sie spüren, daß etwas entscheidendes ansteht.

Zugleich kann man, wenn man mit Mitbürgern spricht, ein hohes Maß an Fatalismus in bezug auf die Chance feststellen, eine solche Entwicklung und die dahinführenden Entscheidungen beeinflussen zu können. ^{2) 3)}

1) "Die Kommission weist darauf hin, daß durch solche Testmaßnahmen nicht die zukünftige Entwicklung vorweggenommen werden soll, sondern die notwendigen Informationen und Einsichten geschaffen werden, die später die Grundlage von weiterreichenden Entscheidungen sein werden."

2) Zitate aus einer psychologischen Gruppenstudie:

"Genau so wenig bin ich der Meinung, daß diese gesamte Umfrage, wenn wir jetzt alle mit Nein stimmen und alle anderen auch, etwas nützen würde. Ich bin der Meinung, so etwas kommt doch."

Zwischenfrage des Interviewers: "Warum meinen Sie das?"

Antworten: "Weil man schon so lange daran arbeitet, daß man die Kosten nicht einfach in den Wind schreiben kann." "Und die Industrie hat ein Interesse daran, daß immer wieder was neues kommt."
"Da können wir nichts machen."

3) Diese und andere Zitate stammen aus psychologischen Gruppenstudien, die im Nov. 1978 in Heidelberg durchgeführt wurden. Sie erheben keinen Anspruch auf Repräsentativität, können aber der Hypothesebildung zum Thema Kabelfernsehen dienen. Sie deuten die Richtungen an und zeigen Ängste.

Diese Zeichen der Ohnmacht sollten eigentlich alarmieren. Es wäre gefährlich und höchst undemokratisch, würde man diese Einschätzung von Mitbürgern mißachten.

Die Befragten haben offenbar ein gutes Gefühl für Realitäten. Seit dem Abschluß der Arbeiten der KtK scheint mir nämlich die Diskussion mehr und mehr präjudiziert zu werden. Es gibt eine Art großer Koalition von links nach rechts, für die die Pilot-Projekte nicht der Test sondern der Einstieg in das Kabelfernsehen sein sollen; entsprechend werden sie angelegt.

Ich zitiere als Belege nur zwei Experten.

Dr. Vöge vom Heinrich-Hertz-Institut (Berlin) laut "Stern" vom 19.10.1978:

"Bei unseren Versuchen und auch bei den Pilot-Projekten geht es nicht mehr um die Frage, ob das Kabelfernsehen eingeführt wird, sondern nur darum, wie es gemacht wird."

Der Vorsitzende der erwähnten KtK, Prof. Dr. Eberhard Witte hat die Dynamik der Entwicklung der Diskussion in einem "Entwurf einer Zielkonzeption des Münchner Kreises" wie folgt formuliert:

" Die Informations- und Kommunikationstechnologie sowie ihre wirtschaftlich sozialen Anwendungsformen befinden sich international in derart schneller Entwicklung, daß die Frage nur lauten kann, welche Innovationsstrategie in welcher Geschwindigkeit verwirklicht werden kann."

Was hat sich eigentlich seit 1976 derart geändert, daß der Vorsitzende der KtK sich heute tendenziell anders äußert, als seine Kommission dies im Jahre 1976 tat?

Es hat sich wenig zugunsten des Kabelfernsehens und mehr zu seinen Ungunsten getan:

- Es liegen Kabel-Testergebnisse aus anderen Ländern vor, die alles andere als ermutigend sind, vielleicht mit der einzigen Ausnahme von einigen kaum übertragbaren Versuchen in Holland.

- Unsere Bevölkerung ist sensibler geworden gegenüber den Fragwürdigkeiten eines allzu hohen Fernsehkonsums und der Folgen für die interpersonale Kommunikation und für die Sozialisation von Kindern. Das zeigte auch die Reaktion auf das Plädoyer des Bundeskanzlers für einen fernsehfreien Tag, das im Grunde ein Plädoyer für mehr interpersonale Kommunikation und für das Bewußtwerden der Probleme der elektronischen Massenkommunikation war. ¹⁾

Selbst wer diese Entwicklung nicht als relevant betrachtet, wird die Frage erlauben müssen, ob die geplanten Pilot-Projekte nicht Täuschungsmanöver sind, wenn de facto alles entschieden ist.

Die Entscheidungen sind jedoch nicht gefallen. Sie müssen auch öffentlich offengehalten werden. Deshalb widme ich mich hauptsächlich der Frage, warum die Diskussion um das Kabelfernsehen wieder geöffnet werden müßte und wie sie wieder geöffnet werden könnte.

2. Die Entscheidung offenhalten - das ist das Minimum

2.1 Prognose der Situation nach einer Verkabelung

Zur Entscheidungsgrundlage gehört in diesem Fall eine Prognose. Wie wird das Kabelfernsehen, wenn es allgemein eingeführt wird, am Ende aussehen? Wie wird es organisiert? Wie wirkt es auf die Programme? Wie wird die Nutzung aussehen usw.?

Man muß illusionslos fragen und realistisch; das verlangt, auch die wahrscheinlichen politischen Machtverhältnisse und die Entwicklung der veröffentlichten Meinung zu prognostizieren.

Ein solches Szenario ist nicht gerade leicht und auch angreifbar.

Ich stütze mich bei meiner Einschätzung der kommenden

1) Die ZEIT vom 25. Mai 1978

Entwicklung auf zum Teil sehr offene "goldene" Worte der Befürworter des Kabelfernsehens.

Meine Prognose wäre:

- (1) Der Schwerpunkt der Nutzung des künftigen Kabelfernsehens liegt bei der Ausweitung der Programme
- (2) Rückkanal und Dialog führen insgesamt ein Schattendasein; dabei ist die Nutzung der Dialog-Möglichkeiten im wesentlichen auf bestimmte obere Mittelschichten beschränkt.
- (3) Wegen der hohen Kosten
 - a) werden im Endausbau öffentliche Mittel großen Ausmaßes zugeschossen sein;
 - b) werden Gebühren abgezogen von den heutigen Anstalten;
 - c) wird viel Werbung möglich sein müssen. 1)
- (4) Wegen der Werbung, aber auch aus anderen Gründen, werden die örtlichen Verleger mit einbezogen, damit aber nolens volens auch andere private, also zum Beispiel überörtliche Medienkonzerne, Industrieunternehmen und sonstige. 2)

-
- 1) Dazu ein Zitat aus einem Artikel von Dietrich Ratzke, in der FAZ vom 11.11.1978:
"Außerdem wird Kabelfernsehen ohne Werbung auf Dauer nicht finanziert werden können. Längst ist nicht mehr die Frage Werbung oder nicht zu diskutieren, sondern nur noch die Frage Werbung in welcher Form?"
 - 2) Zu den Auswahlkriterien dieser sonstigen Betreiber sagt der Entwurf des Staatsvertrages zwischen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg vom 5. Mai lapidar: "Der Bewerber muß eine ausreichende finanzielle Grundlage haben".

- (5) Das Niveau insgesamt sinkt ¹⁾; wegen der Wechselwirkung auch bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten.
- (6) Der Fernsehkonsum steigt noch einmal an; ²⁾ vor allem auch wegen der früher beginnenden und länger andauernden Sendezeiten. Bei Kindern wird der Fernsehkonsum stärker steigen. ³⁾ Dies wird insgesamt beachtliche Folgen für die interpersonale Kommunikation haben.
- (7) Dieses Land wird am Ende anders aussehen; ⁴⁾ so wie wir es eigentlich nicht gewollt haben.

Insgesamt halte ich mein Szenario nicht für ein Horror-Szenario in dem Sinne, daß es übertrieben sei; es ist ein Horror-Szenario wegen der Folgen.

Es war wichtig, die Prognose zu wagen, um ein Argument gegen die Hoffnung jener zu setzen, die meinen, man könne durch Beteiligung besonders viel retten. Sie überschätzen ihre Einflußmöglichkeiten.

-
- 1) Auch hierzu gibt es einen sehr offenen Hinweis im Vertragsentwurf zum Kabel-Piloprojekt Mannheim/Ludwigshafen. Nach Artikel 19 des Vertragsentwurfs sollen für die Verteilung der Mittel auf die Veranstalter die Sendezeit und die Einschaltquoten maßgeblich sein. Freundlich nachgeschoben aber unerheblich heißt es in einem Nebensatz: "Soziale Gesichtspunkte sind zu berücksichtigen".
 - 2) Auch hierzu ein Zitat eines Befürworters. Ratzke in der FAZ vom 11.11.78: "Die neuen Programme werden vor allem auch auf diejenigen zielen müssen, die heute nur selten fernsehen. Das sind in den USA allein 40% aller Gerätebesitzer. Die vergleichbare Zahl wird in der Bundesrepublik auf 50-60% geschätzt."
 - 3) Diese Vermutung wird auch durch die im Dez. 1978 im veröffentlichten Ergebnisse einer Sonderuntersuchung der "Teleskopie"-Gesellschaft für Zuschauerforschung im Auftrag von ARD und ZDF belegt.
 - 4) Der amerik. Abgeordnete Lionel Van Deerlin, Vorsitzender des Unterausschusses für Kommunikationswesen hat für sein Land vorhergesagt, daß die neuen Telekommunikationsmittel nicht nur das Gesicht des Fernsehens total verändern, sondern auch das Leben der Amerikaner so gründlich verändern werden, wie die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert.
Quelle: "Newsweek" vom 10. Juli 1978

2.2 Um die Entscheidung offenzuhalten, muß man die Generalfrage nach dem Nutzen stellen dürfen und auch stellen.

Wird das Kabelfernsehen den ursprünglich gesteckten kommunikationspolitischen Zielen gerecht?

Wem nützt es? Wozu? Wem schadet es, wie?

Die Anfangs beschriebene Entwicklung zu einer de facto Entscheidung für das Kabelfernsehen war zugleich geprägt von einer Schwerpunktverlagerung der Zieldiskussion. Stichworte wie

- "Innovationsdruck";
- "Informationsindustrie als zukünftiger Motor wirtschaftlichen Wachstum";
- "Erhaltung und Aufbau der deutschen Position im internationalen Wettbewerb im Markt neuer Technologien"

sind zu den dominanten Schlagworten in der Diskussion um dieses Medium geworden.

Diese Kriterien mögen bei vielen technologischen Entwicklungen angebracht sein. Dort, wo es um Massenkommunikationsmittel geht, müssen dagegen andere gelten.

Die Diskussion muß zurückgebracht werden zu einer allgemeineren und das heißt politischeren Zieldiskussion.

Vordringlich nenne ich zunächst einige kommunikationspolitische Ziele, die auch im Kontext der Arbeiten der KtK im Gespräch waren:

- (1) Mehr Chancengleichheit
- (2) Verringerung sozialer Isolierung, soziale Integration, aktives Fernsehen
- (3) Verbesserung der Nah-Kommunikation
- (4) Erweiterung der Meinungsvielfalt
- (5) Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung

Man muß das zu erwartende Kabelfernsehen an diesen kommunikationspolitischen Zielen messen:

Dabei muß auch gefragt werden,

- a) ob die gesetzten Ziele wirklich durch das Kabelfernsehen in der zu erwartenden Form erreicht werden,
- b) ob das jeweilige Ziel ("Verbesserung der Kommunikationsversorgung") nicht auf eine andere Weise besser und billiger zu erreichen ist.

(1) Zum kommunikationspolitischen Ziel:
Mehr Chancengleichheit

Bei allen Überlegungen um neue Kommunikationsmittel spielt die Erwägung eine Rolle, die Gleichheit der Chancen zur Information, zur Bildung (und auch beim Zugang) mit Hilfe der technischen Kommunikationsmittel zu verbessern.

Entgegen früheren Hoffnungen waren die Massenmedien bisher trotz aller Verdienste nicht in dem erhofften Maße in der Lage, die Lücken zu schließen, die im Informationsstand zwischen den verschiedenen Schichten bestehen. ¹⁾

Es ist zu fragen, ob sich die Situation durch das Kabelfernsehen positiv verändern wird. Ich fürchte nein.

Zunächst wird sich die heute einigermaßen egalitäre Situation bei der Geräteausstattung wieder zum schlechteren verändern.- Heute ist zumindest die

1) Die Wissenslücke hat sich teilweise sogar vergrößert, weil bestimmte Schichten die Informationsmöglichkeiten über die elektronischen Massenmedien und die Massenprintmedien meiden und sich stärker über andere informations-trächtigere Medien informieren.

technische Möglichkeit, die Information des Fernsehens aufzunehmen, einigermaßen gleich verteilt. Es gibt kaum Unterschiede zwischen der Ausstattung z.B. eines Arbeiters und eines Arztes.

Hinter dieser begrüßenswerten Nivellierung der Ausstattung stecken viel Anstrengung von Arbeitnehmerfamilien und Rentnern ; auch viel Verzicht auf andere Möglichkeiten; und damit zugleich häufig eine Konzentration auf diese Art der Beschäftigung auf das Fernsehen.

Die schon erwähnten psychologischen Gruppengespräche haben bestätigt, daß in Haushalten mit unteren und mittleren Einkommen das Gleichziehen mit anderen Schichten auch tatsächlich als Anstrengung empfunden wird. Diese Mitmenschen reagieren deshalb sehr emotional, zum Teil sogar aggressiv auf das Thema Kabelfernsehen, weil sie einen neuen Berg von neuen Problemen der Anschaffung, des Ansparens und des Abzahlens vor sich sehen. Sie wähten sich gerade am Ende eines Weges, am Ziel des gleichen Status - wenigstens der Ausstattung. Und nun soll das Rennen für sie von neuem beginnen.

Man sollte diesen sich erneut anstauenden sozialen Druck, den wir mit der neuen Technik auf die Ärmeren unserer Gesellschaft ausüben, nicht gering achten.

Die Verfechter des Kabelfernsehens schicken diese Menschen erneut auf die Reise, auf den Weg des Statusvergleichs mit dem Nachbarn, des Sich-nach-der-Decke-Streckens. ¹⁾

1) Dazu nur 2 Zitate aus einer Gruppendiskussion:
"Der Nachbar hat es; dann brauche ich es auch. So ungefähr ist das."
"Ich habe das gar nicht für richtig gefunden, daß die sich die Krimis anschauen, das sehe ich heute noch nicht ein. Aber es war oft das Problem, daß er am nächsten Tag heimkam und hat geschimpft; dann war ich die Rabenmutter, weil ich ihn nicht schauen ließ."

Viele Mitbürger werden sich zunächst einmal und wahrscheinlich über einen längeren Zeitraum - Vergleiche dafür kann man aus der Entwicklung der Telefondichte ziehen - die teuren Apparate und die Gebühren pro Monat nicht leisten können.

Eine andere Eigenheit der neuen Medien wird die Chancengleichheit weiter schmälern: Die neuen System sind apparative Medien. Ihr für den einzelnen nutzbringender Einsatz verlangt ein gewisses Maß an Eingebtheit in moderner Kommunikationstechnik. Alle bisherigen Befunde der Kommunikationsforschung machen klar: die Inanspruchnahme solcher Medien wird sich in hohem Maße auf diejenigen sozialen Gruppen konzentrieren, deren Kommunikations- und Informationsstand ohnehin weit über dem Durchschnitt liegt. So gesehen sind öffentliche Gelder, die in diesen Bereich fließen, Transfers zugunsten der oberen Mittelschicht.

Nun zum Verhältnis Stadt/Land: Die neuen Kommunikationssysteme würden in ihren Anfängen, die sich über Jahrzehnte erstrecken können, primär in Ballungsräumen eingeführt werden. (Die Lokalisierung der Pilot-Projekte ist insofern realistisch). Das ist einfach eine Folge der Rentabilität der Kostendistanzen zwischen den einzelnen Anschlüssen der Endabnehmer.

Die eigentlich kommunikationsschwachen Räume in der Bundesrepublik, die noch zunehmend kommunikationsschwächer werden, weil sich einige Printmedien wegen mangelnder Rentabilität von dort zurückziehen, werden jedenfalls erst mit sehr großer Verzögerung - wenn überhaupt - in die neuen Kommunikationssysteme einbezogen werden. Die Disparitäten in der Kommunikationsversorgung zwischen Ballungsräumen und anderen Gebieten würden also weiter anwachsen.

- (2) Zur zweiten Gruppe kommunikationspolitischer Ziele:
Verringerung sozialer Isolierung, soziale Integration,
aktive Teilhabe

Wie man auch die Sache beurteilen mag, viele Menschen empfinden es so: der Abbau der Großfamilie, die Kommunikationsfeindlichen Siedlungsformen, die Verstädterung hätten dazu geführt, daß Menschen und Gruppen von Menschen zunehmend an den Rand der Gesellschaft geraten sind - isoliert, mit wenig Kommunikation.

Im subjektiven Empfinden mancher älterer Leute, Alleinstehender und von Menschen in abgelegenen Regionen hat das Fernsehen den Eindruck hinterlassen, ihre Isolierung reduziert, wenigstens entschärft zu haben. Das kann als wichtiges Argument für gute Programme und auch für mehr Programme genommen werden.

Aber es ist auszumachen, daß das Fernsehen von sehr vielen anderen nicht als Befreiung von Isolierung, sondern als Versuchung zum Abkapseln empfunden wird. Sie sehnen sich nach früheren nachbarschaftlichen Verhältnissen. - Selbst wenn man davon ein gutes Stück Verklärung der Vergangenheit abzieht, bleibt die Vermutung richtig: die Isolierung wird voraussichtlich steigen, wenn der Fernsehkonsum zunimmt bzw. wenn die Auswahl der Programme größer wird.

Von Befürwortern des Kabelfernsehens wird nun angeführt, daß die Dialog-Möglichkeiten des Rückkanals den Zuschauer aus seiner passiven isolierten Rolle herausbringen und ihm Kommunikationsmöglichkeiten mit der Zentrale oder anderen Teilnehmern eröffnen. - Hier treffen sich Industrielobby und linke Szene. Es treffen sich der CDU/CSU-Medienspolitiker, der den "freien Zugang des Bürgers zur Veranstaltung von Rundfunk" fordert (MdB Klein) mit dem Marxisten, der die Möglichkeit einer "breiteren und intensiveren massenhaften Kommunikation innerhalb der Bevölkerung und zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen" erhofft (Holzer).

Rückkanal und offener Kanal, Vielfalt und Gemeinschaftsaktion - das macht in den Augen einiger sogenannter Linker die von manchem durchaus gesehenen Nachteile der Programmausweitung wett. Das ist eine Täuschung. Dazu vier Erläuterungen:

Erstens:

Bei einem meiner Bonner Kollegen habe ich gelesen, es sei per Rückkanal bald der "Volksentscheid in Permanenz" möglich. ¹⁾

Hält man es wirklich für demokratischen Fortschritt, wenn Zufallsmehrheiten zufälliger Fernsehteilnehmer, obendrein möglicherweise nach einer entsprechenden Vorbereitung über die Zeitungen des zum Kanal gehörenden Medienkonzerns über einen Autobahnbau, das europäische Währungssystem, den Verkehrsvertrag mit der DDR, ein Jugendzentrum in Bogenhausen oder das "Theater am Turm" in Frankfurt und möglicherweise auch noch nach jedem Terroranschlag über die Einführung der Todesstrafe entscheiden werden? - Was soll da eigentlich noch die parlamentarische Demokratie und wo bleibt der Sinn der ohnehin nicht zu langen Länge der Legislaturperiode?

Mich wundert, daß es überhaupt Zeitgenossen des politischen Lebens gibt, die diese Nutzung des Rückkanals für Fortschritt halten. Denn gemessen am methodischen Schwachsinn dieser Art von Erforschung der öffentlichen Meinung sind die üblichen, zum Teil mit Recht schon kritisierten Meinungsbefragungen Musterknaben der Demokratie.

1) Dietrich Hübner, 8.10.1978 in Gummersbach

Zweitens:

Im Zentrum des Interesses der Mehrheit wird nicht der Rückkanal und wird nicht die Dialogmöglichkeit stehen. Hauptnutzung des Mediums werden die neuen Programme sein. Dies ergibt sich auch aus dem Ablauf der technischen Entwicklung. Die Realisierung von interaktiven Diensten wird länger dauern, als die Verteilung weiterer Programme über Kabelnetze. Schon damit tritt eine gewisse Präjudizierung ein.

Drittens:

Eine der wichtigen positiven Auswirkungen unseres bisherigen öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems ist seine relativ große gesellschaftliche Integrationskraft.

Das Kabelfernsehen wird, wenn es ein Minimum der Erwartungen über die Vielfalt der Kanäle befriedigt, die Gesellschaft wahrscheinlich weiter segmentieren. Die Rechten werden dann vielleicht ihr "Deutschlandmagazin-Kabel-TV" und die Linken ihr "Extradienst-TV" genießen können. Das mag man so wollen. Integrativ ist diese Veranstaltung aber nicht.

Viertens:

Aktives, gemeinsames Handeln in Kleingruppen wird tendenziell geschwächt. Dazu, speziell zu den Familien, später mehr.

Auch bei diesen zuletzt behandelten kommunikationspolitischen Zielen ("soziale Integration", "Partizipation" etc.) wären die Alternativen und die Kosten im Vergleich zu den Alternativen zu prüfen. Es gibt billigere und bessere Alternativen zur Verkabelung.

Zu erwähnen sind das Telefon, die Rückkanäle im Bereich des Schmalbandes und die Kombination von Telefon und herkömmlichem Rundfunk. Zu erwähnen ist der Citizen-Band-Funk. Zu erwähnen ist nicht zuletzt die Entwicklung im Video-Recorder-Bereich.

- (3) Zum dritten kommunikationspolitischen Ziel:
Verbesserung der Nah-Kommunikation, also der Kommunikation
über lokales Geschehen

Städte und Großgemeinden sind keine homogenen sozialen Gebilde; sie waren das eigentlich nie. Die Versorgung mit Kommunikation in den kleineren Teilflächen, also im unmittelbaren Lebensbereich, wird teilweise als unbefriedigend empfunden. Breitbandkabel-Systeme könnten dazu dienen, die Versorgung dieser kleineren Teilflächen besser wahrzunehmen.

Ob die neuen Telekommunikationssysteme dies schaffen, ist fraglich. Wahrscheinlich werden zusätzliche Massenkommunikationssysteme wegen der Dominanz der neuen Programme (Spielfilme, Krimis, Sport) im Nahbereich das reduzieren, was sie eigentlich fördern sollten: mehr direkte Kommunikation, mehr direkte Begegnungen zwischen den Bürgern in ihrem unmittelbaren Lebensbereich.

Was sich Wohlwollende so vorstellen - Laienprogramme im Nahbereich - wird sich nur in einer Gründerzeit halten können. Darauf deuten auch die neueren Berichte aus Holland hin.

Die Kosten eines einigermaßen attraktiven Regional- bzw. Lokalprogramms werden pro Anschluß relativ hoch sein. Dieser Umstand drängt auf längere Sicht zur Konzentration. Außerdem werden die örtlichen Verleger ihre Chancen nutzen, sich an den lokalen Kabelprogrammen zu beteiligen. Zum Teil werden sie die Zeitungs- und TV-Redaktionen zusammenlegen.

Ob dann das Kabelfernsehen noch einen dem Preis angemessenen Gewinn an Kommunikation und Meinungsvielfalt bringt, ist äußerst fraglich.

Man muß auch hier die Alternativen bedenken: Neue, z.T. schon erprobte, Programmformen der Rundfunkanstalten im lokalen und regionalen Bereich; stärkere Dezentralisierung der Tages- und Wochenpresse auf Stadtteil- und Kreisebene.

(4) Zum kommunikationspolitischen Ziel: Erweiterung der Meinungsvielfalt

Die Erweiterung der Fernsehnetze auf 12 - 30 Kanäle bedeutet ohne Zweifel eine quantitative Ausweitung des Medienangebots. Medienpolitisch interessant ist die Frage, ob dies auch gleichzusetzen ist mit Vergrößerung der publizistischen Vielfalt.

Manches spricht dafür, daß zunehmende Programmvielfalt keineswegs auch zunehmende Informationsvielfalt für den Bürger bedeutet.

Die englischen Erfahrungen zeigen vielmehr, daß der Wettbewerb im Fernsehbereich allen Programmen - incl. dem der BBC - schlecht bekommen ist. Der Pilkington-Report und der Bericht eines Untersuchungsausschusses für die nationalisierte Industrie (1972) legen übereinstimmend dar, daß es statt einer Erweiterung der Meinungsvielfalt zu ihrer Einengung durch Angleichung der Programme gekommen ist, und daß die BBC ihr vorher qualitativ hochwertiges Programm auf ein niedrigeres Niveau entsprechend dem angeblichen Massengeschmack senken mußte.

Nicht viel anders wäre der Effekt der Ausweitung der Programme auf die Meinungsvielfalt in der Bundesrepublik; zumal dann, wenn private Veranstalter am Fernsehen beteiligt würden. Wenn der Kampf um die Einschaltquoten zum einzigen verbleibenden Prinzip erhoben wird, kann man kein anderes Ergebnis erwarten.¹⁾

1) Mit diesen Bemerkungen soll nicht der Eindruck erweckt werden, im jetzigen System und seiner Realität sei alles in Ordnung.

(5) Zum kommunikationspolitischen Ziel: Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung

Eigentlich könnte man annehmen, daß die Breitband-Kommunikation durchaus Chancen haben könnte, die Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung zu verbessern. Es liegt nahe anzunehmen, die Mehrheit unserer Bürger halte es für mühselig, auf Ämter zu laufen, dort zu warten, anzustehen, abgefertigt zu werden. An dieser Erwartung gemessen ist das Ergebnis der schon häufiger erwähnten Gruppengespräche erstaunlich:

Der Interviewer hatte im Gespräch als wichtiges Argument für das Breitbandkabel die Möglichkeit des Kontaktes mit einer Behörde, dem Einzelhändler oder mit dem Arzt über den Bildschirm eingeführt. Darauf einige typische Antworten:

"Ja, ich möchte auch noch den menschlichen Kontakt, nicht nur die Technik."

"Und man kommt nicht mehr aus dem Haus, da bleibe ich ewig im Haus."

"Aber man hat Zeit gespart, anders gesehen."

"Die Leute, die auf dem Amt arbeiten und diesen Beruf haben, also ich möchte diesen Beruf nicht haben, wenn ich da ständig in einem Geisterraum sitze, menschenleer, und dann auf einmal piept es irgendwo und dann erscheint jemand auf dem Bildschirm, und der sitzt da den ganzen Tag allein und erschrickt einmal, wenn er nachher einen Menschen sieht."

"Ich könnte mir vorstellen, daß ältere Leute mit dem ganzen Kram gar nicht zurechtkommen, daß sie sagen, da laufe ich lieber zum Kaufmann, bevor ich anrufe."

Zugegeben, hinter diesen Antworten steckt viel Angst vor der Technik. Aber diese Angst ist offenbar in bezug auf komplizierte Apparaturen und auch in bezug auf die Einengung der zwischenmenschlichen Kommunikation eine Realität. Nach dem zwischenmenschlichen Kontakt sehnen sich in der Tiefe des Herzens sehr viel mehr Menschen als nach der Dauerkommunikation über den Bildschirm, die als Ersatzbefriedigung empfunden wird.

Dies war ein kurzer Überblick über einige kommunikationspolitische Ziele. Es war der Versuch einer Einschätzung, inwieweit die Breitbandkommunikation diesen Zielen gerecht werden könnte. Es erscheint mir danach zumindest sehr zweifelhaft, ob das Kabelfernsehen anderen Entwicklungen von Kommunikationsmitteln überlegen ist. Das einzige, was tatsächlich "funktioniert" und vermutlich auch in der Bundesrepublik akzeptiert würde, ist ein Mehrangebot an Fernsehprogrammen. Dies allein rechtfertigt jedoch kaum die exorbitanten Investitionen in ein Breitband-Kommunikationssystem. Deshalb ist es kein Wunder, daß die anfangs geschilderte, schlagseitige öffentliche Diskussion der Debatte der kommunikationspolitischen Ziele ausweicht.

2.3 Verkabelung zur Arbeitsplatzbeschaffung

Prüfen wir deshalb die heute dominanten, die nachgereichten Argumente für das Kabelfernsehen: Die Breitbandverkabelung sei wegen der neuen Technologie und wegen der Chancen auf dem Weltmarkt, kurzum wegen der Arbeitsplätze notwendig.

Dies ist ein ernstzunehmendes Argument. In der Tat würde eine 60-Milliarden-Investition einen beachtlichen Teil von Arbeitskräften und Ressourcen unserer Volkswirtschaft binden. Ich würde wegen des Arbeitsplatz-Effekts auch Nachteile in Kauf nehmen. Aber die Nachteile müßten sich im Rahmen halten. Und es müßte keine Alternativen geben.

An dieser Stelle sind einige Fragen zu stellen und Feststellungen zu treffen:

Erstens: Die Verkabelung im großen Stil könnte in 10, 20, 30 Jahren arbeitsmarktpolitisch relevant werden. Um also abschätzen zu können, ob eine solche Investition dann nützt oder schadet, bedarf es einer Prognose über die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu jenem Zeitpunkt.

Widersprüchliche Vermutungen werden dazu geäußert:

Zum einen z.B. die These von einem zu erwartenden hohen Rationalisierungseffekt der Mikroprozessoren. Zum anderen die Befürchtung, schon in den 90er Jahren fehlten wegen der niedrigen Geburtenrate Arbeitskräfte.

Ich möchte diese Argumente so stehen lassen. Vermutung und Gegenvermutung sprechen jedenfalls dafür, das Arbeitsplatzargument von heute nicht kritiklos auf den Zeitpunkt der Durchführung der Verkabelung zu übertragen.

Zweitens: Ist die Verknüpfung von Breitbandverkabelung im privaten, nicht gewerblichen Bereich der Bundesrepublik einerseits mit der Innovationsmöglichkeit und den Exportchancen der deutschen Industrie andererseits zwangsläufig?

Nein, aus verschiedenen Gründen. Ich verweise nur darauf,

- daß im Bereich Wirtschaft und Verwaltung eine Menge von Chancen zur Entwicklung und Erprobung von Neuerungen liegen,

- und daß die meisten der am Verkabelungsgeschäft interessierten Unternehmen international tätig sind. Sie sind bei Forschung und Entwicklung nicht allein auf die inländische Erprobung angewiesen.

Drittens: Es leuchtet sofort ein, daß eine 60-Milliarden-Investition Arbeitsplätze schafft. Weniger griffig weil weniger gewaltig ist der Hinweis auf die Arbeitsmarktwirkung von Alternativen zum Breitbandkabel. Das schwächt jedoch nicht die Richtigkeit des Arguments:

Wenn wir die zuvor beschriebenen kommunikationspolitischen Ziele ernst nähmen und wenn wir gewillt wären, so viel Geld zu investieren, wie das Kabelfernsehen uns abnötigen wird, dann erzielten wir einen vergleichbaren arbeitsmarktpolitischen Effekt: Die Innovation beim Telefon, die breite Nutzung von Videorecordern, die Verbreiterung des Angebots von bürgernahen Publikationen, die Verbreiterung von Sozialdiensten für die interpersonale Kommunikation mit isolierten Menschen und Gruppen, der Ausbau bzw. Erhalt des öffentlichen Verkehrswesens - dies alles sind Investitionen und Aufgaben von hoher arbeitsmarktpolitischer Relevanz.

Sie mögen weniger faszinierend sein, weil ihre Technologie an herkömmlichen Technologien ansetzt. Sie müssen deshalb nicht weniger nützlich sein. Jedenfalls könnten auch sie neue Arbeitsplätze schaffen.

2.4 Die berechnete Frage nach dem "Bedarf" und die vernachlässigte Frage nach den sozialen Folgen

- (1) Wer dennoch auf einem verbleibenden Rest von arbeitsmarktpolitischen Effekt beharrt, muß diesen abwägen gegen die voraussichtlichen sozialen Folgen einer Breitbandkommunikation. Er muß ihn prüfen am Bedarf.

Die KtK hatte - wie erwähnt - keinen dringenden Bedarf für die Breitbandkommunikation festgestellt. Inzwischen dürfte der Bedarf nicht gewachsen sein.

Wer unsere Mitbürger nicht nur oberflächlich befragt, wird bei weiten Kreisen Zweifel und Angst vorfinden. ¹⁾ Sie haben

- Angst vor der Vielfalt; Angst, damit nicht fertig zu werden, nicht die Kraft zu haben abzuschalten (dies meist geäußert als Vermutung über das Verhalten anderer). Wörtlich: "Je mehr man hat, desto weniger hat man davon"; ¹⁾
- Angst, die Übersicht zu verlieren; das ganze werde zu kompliziert;
- vor allem Angst vor dem Streit in Familien, mit den Kindern: Wörtlich: "Dann gibt es noch mehr Theater, das gibt eine Katastrophe." ¹⁾

¹⁾ Basis Psychologische Gruppengespräche November 1978

- Angst vor den Kosten;
- Angst vor dem neuen Wettlauf um die Statussymbole;
Angst vor der neuerlichen sozialen Deklassierung.

Diesen tiefer reichenden Befund erhält man natürlich nicht, wenn man vordergründig abfragt, ob die Mitbürger eine größere Auswahl an Fernsehprogrammen wollen; oder wenn man bei Pilot-Projekten nur die Einschaltquoten mißt.

- (2) Das Plädoyer des Bundeskanzlers für einen Fernsehfreien Tag ¹⁾ war der Versuch, die Diskussion auf die sozialen und psychischen Folgen der Massenmedien für die Gesellschaft, für Familien und Kinder zu lenken. Die Reaktion ließ erkennen, wie stark ausgeprägt das Gefühl und auch die Erkenntnis ist, daß nicht alles, was technisch machbar ist, auch sozial sinnvoll sein muß.

Wir müssen uns an der Schwelle zu einer Ausweitung der elektronischen Medien in der Tat mit einer Reihe von sozialen und psychischen Wirkungen der Fernsehgesellschaft auseinandersetzen.

Das Medium Fernsehen ist so dominant, daß andere Freizeitbeschäftigungen in den Hintergrund treten. Rund 40 % der Freizeit jedes einzelnen wird vom Fernsehen und Rundfunk belegt. ²⁾ Gespräche werden schwierig. Eine typische Beschreibung aus einem Gruppengespräch:

"Man sitzt vor dem Fernsehapparat; die Frau kommt oder das Kind kommt und will zum Papa; hör mal zu; psst, da ist gerade etwas interessantes, nachher. Und nachher ist es dann vorbei und man spricht nicht mehr darüber. Dann ist die Chance verpaßt."

1) vgl. "Die ZEIT" vom 26.5.1978
"Plädoyer für einen fernsehfreien Tag"

2) Bei Kleingruppen wie Familien bleiben dann nicht 60 % für Gemeinsames, sondern wegen der Verschiedenheit der Ansprüche weniger.

Die Chance ist heute schon gering. Sie wird geringer, wenn die Attraktivität der Programme durch Vielfalt zunimmt. 1)

Kinder können sich dem attraktiven Medium noch weniger entziehen als Erwachsene. "Sie sind" - so im erwähnten Plädoyer des Bundeskanzlers - "gegen die Intensität, Sprunghaftigkeit und Oberflächlichkeit des Fernsehens noch weitgehend ungeschützt. Dem Fernsehen wird eine wesentliche Verstärkerrolle bei der auch von anderen Einflüssen her geförderten Entwicklung zur Zappeligkeit und Konzentrationsschwäche zugewiesen. Auch negative Folgen für die Entwicklung des kindlichen Sprachvermögens sind belegt."

Wer die Wirkung hohen Fernsehkonsums so beschreibt, setzt sich dem Vorwurf der gefühlsseligen Maschinenstürmerei aus.

Wenigstens das Fragen nach breiteren Zusammenhängen sollte jedoch erlaubt sein:

- Wenn zwei Drogenberater der Caritas Berlin festzustellen meinen, es gäbe einen Zusammenhang zwischen "Ewigem Fernsehmißbrauch in den Familien" und "Flucht in die Drogen bei Jugendlichen", 2)
- wenn bei einer Untersuchung der "Teleskopie" festgestellt wird, daß bei 3 bis 13jährigen Kindern bei einem erweiterten Programmangebot (wie es heute schon da und dort möglich ist) die tägliche Fernsehdauer um 15 bis 20 % steigen wird,

1) v. Sell: "Druckknopfgesellschaft"

2) Im Rahmen der "Stern"-Serie, "Die Kinder vom Bahnhof Zoo", vom 23.11.1978

dann sind das zumindest Anlässe, den technologischen Fortschrittsbegriff zu überprüfen und die Folgen neuer Technologien in die Bewertung mit einzubeziehen.

Der wahre Feind moderner Technologie ist die soziale Indifferenz und die mangelnde Sensibilität für psychische Vorgänge und soziale Folgen, für die Wirkung auf Kreativität und menschliche Aktivität.

Jedenfalls kann man gutgläubig nicht zugleich

- den Wert der Zuwendung der Familie für das Kind und die Gefahren zunehmender Anonymität und Einsamkeit beschwören
- und die "Ausstrahlung weiterer Programme" und die "Vermehrung des Angebots" fordern

wie dies einvernehmlich im CDU-Grundsatzprogramm vom Oktober 1978 geschieht.¹⁾

1) Hier ist eine Anmerkung notwendig: Die kritischen Urteile zu den Folgen eines größeren Fernsehkonsums könnten als einseitiger Angriff auf das Fernsehen und seine Veranstalter verstanden werden. Das ist nicht so gemeint. Das deutsche Fernsehen hat viel geleistet und ist zudem viel besser, als sein heutiger, zum Teil bewußt schlecht gemachter Ruf. Das Mißverständnis einseitiger Kritik könnte dennoch aufkommen, weil ich mich hier z.B. nicht mit den Wirkungen mancher gedruckter Medien für die politische Kultur beschäftigen (das Fernsehen würde im Vergleich damit gut abschneiden) und weil außerdem Gegenstand meiner Analyse eine ganz bestimmte Art der Ausweitung des Fernsehangebots ist.

3. Ansatzpunkte für das Offenhalten der Entscheidung über das Kabelfernsehen

3.1 Die Anlage der Kabel-Pilotprojekte

Die Position einiger Zeitgenossen ist - wie erwähnt - klar: die Pilot-Projekte sollen nicht der Test sondern der Einstieg zur Breitbandkommunikation sein. Dies entspricht weder den bisherigen politischen Festlegungen noch der von der Sache her notwendigen Forderung nach einem Offenhalten der Entscheidung.

(1) Die Entscheidung offenzuhalten, verlangt zunächst einmal eine realistische Anlage der Pilot-Projekte. Der Test muß das simulieren, was nach einer Vollverkabelung der Bundesrepublik wahrscheinlich zu erwarten ist; also:

- Vervielfältigung der Programme,
- Senkung des Niveaus,
- auf einigen Kanälen sollten Werbespots, möglichst nach US-Muster, in laufende Sendungen eingeblendet erscheinen.

(2) Zur Simulation von zukünftiger Realität gehört weiter eine entsprechende Kostenbeteiligung der Benutzer; d.h.:

- eine realistische monatliche Gebühr,
- den Kauf des Gerätes oder der Zusatzgeräte durch den Benutzer und
- die Bezahlung des Anschlusses durch den Benutzer.

Diese Forderung zur Realität widerspricht z.B. dem Verlangen der "Bayrischen Initiative Rundfunkfreiheit" und des Bayrischen DGB. Beide meinten, die Pilot-Projekte (im konkreten Fall: München) müßten öffentlich finanziert werden. Andernfalls seien die Versuchsprojekte "sozial nicht zu verantworten."

Im Blick auf die Münchner Arbeitnehmer und deren Interessenvertretung durch den DGB mag die Forderung des DGB verständlich sein. Aber das wäre dann kein wirklicher Test. Der DGB Bayern sollte nicht nur an die betroffenen Haushalte des Pilot-Projektes, sondern auch an die DGB-Mitglieder und Arbeitnehmer insgesamt denken. Ihnen ist mit einem unrealistisch angelegten Pilot-Projekt und daraus abgeleiteten falschen Schlußfolgerungen nicht gedient.

Im übrigen kann ich nicht einsehen, wieso es ein öffentliches Interesse daran geben sollte, die Vielfältigung des Spielfilm- oder Tatort-Angebots öffentlich zu subventionieren.

Der Staat liefert ja auch nicht die Baumwollhemden oder das abendliche Bier frei Haus, auch nicht die Wochenendreise nach London, die vergleichsweise informativ und bildend sein kann. Einen qualitativen Unterschied zwischen diesen Produkten des täglichen Bedarfs und dem Schwerpunkt der "Lieferungen" des Breitbandkommunikationssystems kann ich nicht erkennen.

In diesem Kontext ist obendrein gesellschaftspolitisch von Bedeutung, daß der Test auch die schon beschriebene vermutete neue Ungleichheit der Chancen simuliert. Es muß deutlich werden, daß zumindest in einer beträchtlich langen Phase der Existenz von Breitbandkommunikation die soziale Schichtung über die Chance zur Nutzung dieses Mediums entscheidet. Alles andere wäre eine Vorspiegelung falscher Tatsachen.

Die Schätzungen über die Kosten der neuen Medien gehen zwar beträchtlich auseinander; aber selbst die Minimalschätzungen machen deutlich, daß ein Großteil unseres Volkes nicht mithalten können.¹⁾

Darüber hinaus gibt es fiskalische Gründe für die Abstinenz der öffentlichen Hand bei den Pilot-Projekten. Wer sich in den neuen Medien frühzeitig und zu heftig engagiert, der öffnet ein neues Feld für Dauersubventionen von gigantischem Ausmaß. Heute schon werden die öffentlichen Haushalte, vor allem der Bundeshaushalt, von solchen sektoralen Subventionen stark belastet. Sie engen den Spielraum für sinnvolle andere Aufgaben zunehmend ein.

- (3) Die wichtigste Forderung an die Pilot-Projekte ist die Forderung nach einer begleitenden Wirkungsforschung, nach einer Erforschung der sozialen Folgen für Primärgruppen, wie Familien, Vereine etc.

"Im übrigen weist der Bundeskanzler darauf hin, daß neben möglichen günstigen Auswirkungen der Pilot-Projekte für die technologische Innovation die medienpolitischen Probleme und die Auswirkungen auf Familien und Kinder nicht außer Acht gelassen werden dürfen." 2)

Die mechanische Akzeptanzforschung, die Ermittlung von Einschaltquoten jedenfalls reicht nicht aus.

1) Die KtK rechnet, ausgehend von der Kostensituation in 1975, mit einer einmaligen Anschlußgebühr von 400 DM und einer monatlichen Belastung in Höhe von 29,33 DM, die sich zusammensetzt aus Kapitalkosten der Investition in Höhe von 14 DM und Betriebskosten (Personal und Sachkosten für die Technik) in Höhe von 15,33 DM. Die Programmkosten sind noch nicht enthalten. Die 75er Schätzungen der KtK ergaben also bereits ohne Programmkosten einen Betrag, der die derzeitige Belastung um mehr als das Doppelte übersteigt. Beim Mannheim-Ludwigshafener Projekt rechnet man mit laufenden Kosten von 142 DM pro Monat und mit Monatsraten als Entgelt für die Investitionskosten zwischen 80 und 114,55 DM.

2) Vgl. Medienbericht der Bundesregierung vom 9.11.1978

Zum "Offenhalten" bzw. zur Sicherstellung einer fairen Diskussion des pro und contra während und im Anschluß an die Kabelfernseh-Pilot-Projekte sollte auch ein Kontroll-Testprogramm durchgeführt werden: Es sollte in den Bereichen der Pilotprojekte eine Kontrollgruppe gebildet werden, deren Kommunikationsversorgung auf andere Weise - aber mit der gleichen kommunikationspolitischen Zielrichtung wie beim Kabelfernsehen - verbessert worden ist. ¹⁾

3.2 Offenhalten der Entscheidung durch intensive öffentliche Diskussion des Für und Wider

Die Befürworter der Breitbandkommunikation sind, was die öffentliche Diskussion betrifft, in der Vorhand. Sie haben sich organisiert, ihre Interessen sind artikulationsfähig und sie sind finanziell wohl ausgestattet. Sie sehen klar, was kommt und welche Chancen das ihnen bietet.

Ich halte nichts davon, jene Industriemanager zu verteufeln, die das Kabelfernsehen propagieren. Wenn ich Leiter der Abteilung Kommunikation eines bekannten Elektrokonzerns wäre, würde ich wahrscheinlich auch für die Verkabelung der Bundesrepublik eintreten. Das gehört zum Rollenverhalten.. Aber eine Rolle ist nicht das ganze Stück.

Zu denken wäre an:

- 1) Ausbau des Telefonnetzes bis hin zur Vollversorgung, einschließlich möglicher Rückkanäle, Kombination dieses Telefonnetzes mit den herkömmlichen Massenkommunikationsmitteln, Verstärkung der Videonutzung durch Verleihsysteme wie Videotheken bei Stadtbüchereien und Volkshochschulen, stärker lokalisierte Rundfunk- und Fernsehprogramme der herkömmlichen Träger und Technik, stärker lokalisierte Zeitungsteile, Gemeinschaftsantennen für besseren Empfang, nicht zuletzt Verstärkung der direkten Kommunikationsformen und der sozialen Betreuung durch mehr Sozialarbeiter etc. Eigentlich müßte es reizvoll sein, ein solches Kontrollprogramm zu entwickeln.

Umso wichtiger ist, daß endlich die Gegenstimmen zur Sprache kommen. Schließlich geht es auch darum, den betroffenen Industrien den vorläufigen Charakter der Pilotprojekte deutlich zu machen; auch um gewaltige Fehlinvestitionen zu vermeiden. Das bundesweite Kabelfernsehen wird sich nach meiner Einschätzung nicht durchsetzen: wegen der Kosten und wegen des Bewußtwerdens seiner schädlichen sozialen Folgen. So gesehen ist es auch im Interesse der Arbeiter und Angestellten der interessierten Elektro- und Kabelfirmen notwendig, die Gegenstimmen möglichst schnell zu artikulieren.

In die öffentliche Diskussion dieses Themas gehört neben der Wirkungsdiskussion die Frage nach der Optimierung der Ressourcenverwendung in der Zukunft. Wenn 60 Mrd Kosten, d.h. wenn die Verwendung von 60 Mrd Ressourcen anstehen, dann muß man sich fragen, was man alternativ dafür bekommen könnte.

Es gibt noch einen anderen beachtenswerten Aspekt der öffentlichen Diskussion. Das sind die zu beobachtenden Angriffe gegen die Rundfunkanstalten des öffentlichen Rechts. Nur bei äußerster Naivität war zu übersehen, daß ein Teil der Diskussion um neue Kommunikationssysteme letztlich zum Ziel hatte, das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem in seiner Wirkungsmöglichkeit zu beschneiden oder dem zumindest ein privates System daneben zu stellen.

Es ist nicht zu leugnen, daß die öffentlich-rechtlichen Anstalten zum Teil selbst Anlaß zur Kritik geben. Aber im Vergleich mit den Fernsehprogrammen des Auslands und im Blick auf die zu erwartende Situation nach Verkabelung ist die massive Kritik, wie sie von einigen Printmedien geführt wird, nicht berechtigt.

Wer also die Diskussion um die Entscheidung über das Kabelfernsehen offenhalten will, der muß auch gegen die pauschale Desavouierung der öffentlich-rechtlichen Anstalten angehen.

Die Chancen für die Wiedereröffnung einer grundsätzlichen und skeptischen Diskussion scheinen nicht gering zu sein. Gegen den Trend der Vorentscheidung pro Breitbandkommunikation müßten sich eigentlich zusammenfinden:

die Familien und Familienpolitiker aller Parteien, die Kinder und Lehrer, die echten Konservativen und jene, die von Entfremdung reden, die öffentlich-rechtlichen Anstalten und die meisten Verleger¹⁾, die Gewerkschaften und Kirchen, alle, die nach neuen Lebensformen suchen.

Das Bild trügt. Viele der potentiellen Verbündeten knüpfen Hoffnungen an das Kabelfernsehen - diskussionswürdige und ehrenwerte Hoffnungen jenseits aller vordergründigen Gewinninteressen. Diese Hoffnungen verleiten zu einer vorsichtig befürwortenden Haltung i. S. von: "Erst mal abwarten"; "Fuß in die Tür"; "Entwicklung mitbestimmen"; "für meine Gruppe/Interessen das Beste herausholen"; "durch Beteiligung Schlimmeres verhüten".

Ich habe zwar schon versucht anzuzeigen, warum solche Erwartungen enttäuscht werden. Die jetzige Lage und die mögliche Entwicklung gleicht einer schiefen Ebene. Wenn jetzt die Diskussion der Erweiterung des Fernsehangebots nicht grundsätzlich geführt wird, dann wird man später weder in der Grundsatzentscheidung frei sein, noch (hilfsweise) die neuen Medien so gestalten können, wie es den Bedenken der Skeptiker entspräche.

1) Zitat aus der Süddeutschen vom 9.11.1978:
"Wirklich massives Interesse an neuen Medien dürfte allein bei der elektronischen Industrie bestehen, die die Technik liefern will."

Ein gutes Beispiel für den Vorgang ist folgender, fast schon klassischer Dialog (ARD vom 19.11.1978):

Frage von Biedenkopf (CDU) an Linde (SPD):

"Würden Sie sich für die Vielfalt von Rundfunk- und Fernseh- anstalten einsetzen, wenn die Vielfalt z.B. durch kommunale Sendestationen erzeugt würde oder durch eine Vermehrung der Zahl der öffentlich-rechtlichen Verleger wie z.B. Anstalten oder Stiftungen oder anderes?"

Erdmann Linde (SPD):

"Da bin ich mit Ihnen einer Meinung ..."

Mehr als diese undifferenzierte Zustimmung brauchen die Befür- worter in der gegenwärtigen Phase der Diskussion nicht zu erreichen: Erdmann Linde ist für mehr Vielfalt; dafür hat er gute Gründe. Unter den von Biedenkopf genannten chemisch reinen Bedingungen erscheint Linde das Ziel erstrebenswert und der Weg zulässig.

So chemisch rein ist die Realität allerdings nicht. Biedenkopf vermutet mit einem gewissen Recht, daß er, wenn die "Vielfalt" erst einmal gesichert ist, auch die privaten Kanäle bekommt. Dann ohne Anfrage bei Linde.¹⁾

1) Bausch hat in Auseinandersetzung mit dem "Koordinierungsaus- schuß für Medienpolitik" der CDU/CSU ein ähnliches Bild gezeichnet: "Die Ordnung, von der hier die Rede ist, ist die Marktwirtschaft... Unter welchen Bedingungen eine Lizenz gewährt wird oder versagt wird, weiß indessen bis zur Stunde noch niemand, weil es zum taktischen Kalkül der Verfechter einer marktwirtschaftlichen Medienordnung gehört, über konkrete Details zunächst einmal zu schweigen, damit sich nicht beispielsweise eine Diskussion an der Frage ent- zünden kann, wie hoch das Kapital sein muß, das einer vor- zuziehen hat, wenn er ins Fernsehgeschäft einsteigen will. Zunächst einmal muß das Prinzip der publizistischen Gewaltent- teilung durchbrochen werden, und die Kabelprojekte sollen dazu den Hebel liefern." (Media Perspektiven 5/78).

Über die Möglichkeiten zur Mitgestaltung machen sich viele Skeptiker m.E. große Illusionen. Sie reden sich ein, sie könnten gestaltend mitreden. Mancher opfert seine grundsätzlichen Bedenken gegen eine Ausweitung und Dominanz der nicht-personalen Kommunikation einer vagen Hoffnung auf Beteiligung an der Macht über die neuen Medien.

Die bisherigen Erfahrungen des linken und linksliberalen Lagers sprechen gegen diese Hoffnung. Man hat bisher kaum eine auf Dauer erfolgreiche Zeitung gestalten und halten können. Jetzt plötzlich sollen die selbstgemachten oder mitbestimmten Kanäle (z.B. in Ludwigshafen) auf Dauer gegen die Springer- und Bertelsmann-Kanäle bestehen können?

Man macht sich damit etwas vor. Denn bei der Mobilisierung von publikumswirksamen Vorurteilen und eingängiger gefälliger Kost konnte man bisher nicht mit "Bild" konkurrieren; man wird mit dem "Bild-Kabel-TV" nicht konkurrieren können.

Wenn man die Diskussion, wenn man den Widerstand erst bei den Gestaltungsprinzipien, bei der Netzträgerschaft oder bei der Organisationsform beginnt, dann hat man schon verloren. Man verliert sich in juristische Diskussionen z.B. darüber, was Rundfunk ist, ob die höhere Programmvielfalt Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts obsolet macht und anderes mehr.

Dies sind auch wichtige Fragen. Aber die Erhaltung der demokratischen Substanz und der gewonnenen politischen Kultur unseres Landes verlangt, jetzt die Diskussion um die neuen Medien grundsätzlich zu beginnen. Es müssen die kommunikations-, die medien- und die familienpolitischen Ziele des neuen Mediums Kabelfernsehen besprochen werden. Der Widerstand muß mit der offenen Diskussion um den Sinn des ganzen beginnen. Das Thema ist kein juristisches; es ist ein eminent politisches.